

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 9. Dezember 2021**

Beschluss

Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern infolge Gesetzesvorhaben des Bundes

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder stellen fest, dass Gesetzgebungsvorhaben des Bundes vermehrt zu erheblichen Mehrbelastungen der Länderhaushalte führen, die weit über die in den jeweiligen Gesetzesbegründungen enthaltenen Schätzungen der Bundesregierung hinausgehen.
2. Vor diesem Hintergrund werden die Bundesregierung und die Finanzministerkonferenz gebeten, bis zur Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern am 2. Juni 2022 eine Bestandsaufnahme zu den tatsächlichen Kostenwirkungen bundesgesetzlich veranlasster Ausgaben vorzulegen.